

oiiip

Kurzanalyse

5 / Dezember 2019

oiiip Österreichisches Institut
für Internationale Politik
Austrian Institute for
International Affairs

Was wurde aus den Revolutionen im Nahen Osten und Nordafrika?

Cengiz Günay



Kurzanalyse verfasst im Rahmen der Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung

Zusammenfassung

Die MENA (Middle East & North Africa) Region kommt nicht zur Ruhe. Neun Jahre nach den Ereignissen des Arabischen Frühlings wird die Region erneut von einer Protestwelle erfasst.

Die Kurzanalyse nimmt unter die Lupe was sich seit den Umstürzen 2010/11 veränderte und was nicht. Des Weiteren werden die strukturellen, ökonomischen und politischen Hintergründe für die anhaltende Instabilität und die Unruhen aufgezeigt.

Keywords:

MENA Region, Tunesien, Ägypten, Arabischer Frühling, Revolution

Autor

Dr. Cengiz Günay ist stellvertretender wissenschaftlicher Direktor des oiip, Senior Researcher und Lektor an der Universität Wien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Islamismus, politische Reform, Demokratisierung, Außenpolitik und die Rolle von nicht-staatlichen Akteuren. Sein regionaler Fokus liegt auf der Türkei, Ägypten und Tunesien.

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at
Copyright © 2019

Was wurde aus den Revolutionen?

Am Freitag, den 14. Jänner 2011 verließ Präsident Zine el Abidine Ben Ali nach 23 Jahren Herrschaft in einem Flugzeug Tunis. Der autoritäre Polizeistaat, den er über die Jahre ausgebaut hatte, brach in nur wenigen Tagen in Folge von Massenprotesten, die das ganze Land überzogen, zusammen. Der Abgang Ben Alis und der Sturz des Regimes inspirierten viele Menschen in der Region. Eine Protestwelle rolle über die gesamte arabische Welt. Von Marokko bis Syrien skandierten die Menschen **الشعب يريد إسقاط النظام** (As-sha'b yurid isqat al-nizam), das Volk will den Sturz der Regierung und **ارحل** (Irhal - bzw. französisch *dégage!*) Hau ab!

Am 11. Februar 2011 gab Präsident Mubarak in Ägypten dem Druck der Straße nach und verkündete im Fernsehen seinen sofortigen Rücktritt. Während in Tunesien und Ägypten der Abgang der autoritären Herrscher weitgehend unblutig erfolgte und einen politischen Transitionsprozess einleitete, erstickten die Regime in Bahrain und Algerien die Proteste im Keim. In Libyen¹, Syrien und dem Jemen kam es rasch zu einer Militarisierung der Konflikte. Die drei Länder versanken in kleinteiligen und umso blutigeren Bürgerkriegen. In Marokko reagierte König Mohammed VI. mit politischen Reformen. Es wurde eine neue Verfassung ausgearbeitet. In weiterer Folge kam es zur Einbindung der moderaten Islamisten, die seit 2011 den Regierungschef stellen.

Während 2011 die Hoffnung auf die Demokratisierung der MENA (Middle East & North Africa) Region groß war, wurde diese bald enttäuscht. Das einzige Land, das den Übergang zu einer demokratischen Ordnung schaffte, ist das Geburtsland des Arabischen Frühlings; Tunesien. Aller-

dings ist auch die junge tunesische Demokratie alles andere als konsolidiert. Das Land leidet unter einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung, einer hohen Jugendarbeitslosigkeit, Korruption, politischer Stagnation und wachsendem politischen Extremismus.

Anfang Dezember 2019 zündete sich erneut ein junger Tunesier in Sidi Bouzid, genau jener Stadt in Zentraltunesien von der der Arabische Frühling vor neun Jahren in Folge der Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohammed Bouazizi seinen Ausgang nahm, an. Der junge Mann hatte sich wie auch Bouazizi aus Verzweiflung und Protest gegen Armut und menschenunwürdige Lebensbedingungen selbst angezündet und verstarb (Al Jazeera 03-12-2019). Daraufhin kam es in der Region zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften. Die Ereignisse in Tunesien reihen sich in eine Kette an neuen Protesten, die die gesamte Region seit Sommer 2019 erfasst haben, ein.

Im Sudan stürzten die Massenproteste Langzeitpräsident Omar al Bashir, in Algerien musste Präsident Bouteflika in Folge von Protesten von einer neuerlichen Kandidatur absehen. Im Libanon trat in Reaktion auf anhaltende Massenproteste Premierminister Rafiq Hariri zurück und im Irak führten die Proteste in Bagdad und Basra zum Abgang von Premier Adil Abd al-Mahdi. Selbst in Ägypten kam es trotz großer Repressionen erneut zu Protesten gegen das al-Sisi Regime. Mehrere AutorInnen (Fahmi 2019a, 2019b, Muasher 2019) sprechen inzwischen von einer zweiten Welle des Arabischen Frühlings.

Die vorliegende Kurzanalyse nimmt dies zum Anlass und zieht eine Bilanz. Sie analysiert warum sich vieles und letztendlich politisch doch wenig veränderte, was aus den Protestbewegungen wurde, wodurch sich die jüngsten Proteste von

¹ In Libyen führte eine internationale Intervention unter der Federführung Frankreichs und Großbritanniens zum Sturz und der Tötung von Präsident Muammar al-Gaddafi.

früheren unterscheiden und welche Auswirkungen die Umbrüche in der MENA Region auf die Sicherheit haben. Im Fokus der Analyse stehen Ägypten und Tunesien, jene beiden Länder von denen der Arabische Frühling seinen Ausgang nahm.

1. Die autoritären Regime; weniger stabil als gedacht

Die Ereignisse, die im Winter 2010/11 in weiten Teilen des Nahen Ostens ihren Verlauf nahmen, überraschten nicht nur die meisten RegionalexpertInnen, sondern sie stellten auch weitgehend die Annahmen zur Region auf den Kopf. Angesichts des Umstandes, dass die autoritären arabischen Regime die Welle der Demokratisierung, die mit dem Ende des Kalten Krieges die Welt erfasste, weitgehend unbeschadet überstanden, hatte sich die Nahostforschung (die Middle East Studies) immer mehr auf die Frage, warum der Autoritarismus in der Region so resilient ist, konzentriert. Während einige AutorInnen dies mit kulturellen und geschichtlichen Eigenheiten der Region begründeten (die Exzeptionalismus-Debatte meinte, die arabisch-muslimische Welt stelle grundsätzlich eine Ausnahme dar), untersuchten andere die Mechanismen und Strategien, die das Fortbestehen der Systeme gewährleisteten (Pace & Cavatorta 2012; Schlumberger 2010, Bank 2009; Heydemann 2007).

Die Annahme der meisten AutorInnen war, dass oppositionelle Bewegungen angesichts eines übermächtigen Staats- und vor allem Sicherheitsapparates, der vor allem auf die Gewährleistung der Sicherheit des Regimes ausgerichtet war, kaum eine Chance hatten. In Ben Alis Tunesien soll der interne Sicherheitsapparat mehr als 130.000 Personen umfasst haben (Günay und Somavilla 2019). Bei knapp 11 Millionen TunesierInnen waren damit laut Annahmen mehr als 1 Prozent der Bevölkerung aktiver Teil des Sicherheitsstaates.

Neben Überwachung und Unterdrückung konnten sich laut Schlumberger (2007; 2010) und Bank (2009) die Regime auch deshalb über Jahrzehnte halten, weil sie von weiten Teilen der Bevölkerung als legitim betrachtet wurden. In den meisten Fällen stellten die staatlich gelenkten Medien, das Regime, die Person des Staatsechfs und den Staat gleich. Anders ausgedrückt, um die Stärke und Präsenz des Staates und seiner Institutionen zu bekräftigen, präsentierten sich die autoritären Staatsechfs als die Verkörperung des Staates (Migdal 1988, 206). Somit personifizierten sie auch die Stabilität und Sicherheit des Staates. Jeglicher Angriff auf die Person des Staatsechfs und seine Familie wurde mit dem Versuch der Schwächung des Staates gleichgesetzt und dementsprechend geahndet. Dadurch wurden oppositionelle Kräfte weitgehend de-legitimiert.

Dies gilt vor allem für islamistische Kräfte. Spätestens seit den 1980er Jahren waren Islamisten in den meisten Staaten der Region zu der wichtigsten Oppositionsbewegung aufgestiegen. Die Anschläge des 11. September 2001 bzw. der danach von den USA ausgerufene Krieg gegen den islamistischen Terrorismus wurde von den autoritären Regimen für eigene Zwecke instrumentalisiert. Zum einen konnte man sich unter dem Deckmantel des Anti-Terrorkampfes lästiger Oppositioneller entledigen – es wurde kaum zwischen Extremisten und moderaten Islamisten unterschieden – und zum anderen konnten sich die autoritären Herrscher in den Augen ihrer westlichen Partner als Garanten der Stabilität und Sicherheit in der Region profilieren.

Der schnelle Sturz der autoritären Machthaber in Tunesien und Ägypten Anfang 2011 zeigte allerdings auf, dass die Kapazitäten der Regime die Gesellschaft durch Repression zu kontrollieren überschätzt und die gesellschaftlichen und sozialen Dynamiken, die sich trotz repressiver Maßnahmen entwickeln konnten, unterschätzt worden waren.

Dabei spielte nicht zuletzt ein zu starker Fokus der westlichen Partner, ebenso wie der meisten ForscherInnen auf den Staat und seine repressiven Kapazitäten, eine wesentliche Rolle. Die meisten AutorInnen, aber auch EntscheidungsträgerInnen im Westen haben nicht nur die Fähigkeiten der staatlichen Institutionen überbewertet, sondern auch dazu tendiert, die Regime als homogene, einheitliche Akteure wahrzunehmen. Insbesondere die Abgänge von Präsident Ben Ali in Tunesien, von Präsident Mubarak in Ägypten und auch Muammar Gaddafi in Libyen sind jedoch auch auf Brüche und Interessenskonflikte innerhalb der Regime zurückzuführen.

In allen drei Ländern hatte angesichts des voranschreitenden Alters der Autokraten vermehrt die Nachfolgerfrage, die Debatten innerhalb der Regime bestimmt. In Ägypten versuchte Präsident Mubarak gegen den Widerstand der Armee seinen Sohn Gamal als Nachfolger in Position zu bringen. In Tunesien wurde Gerüchten zufolge Ben Alis Frau Leyla Trabelsi, sehr zum Ärger der Bürokratie, der Partei und der Armee, auf die Nachfolge vorbereitet und in Libyen baute Gaddafi seinen Sohn Saif al-Islam als Nachfolger auf. Die Frage der Nachfolge entzweite die Herrscher und wichtige Institutionen der Regime wie z.B. das Militär. Im Falle Tunesiens und Ägyptens spielte dies letztendlich eine wichtige Rolle beim Sturz der Autokraten. In beiden Fällen weigerten sich die Militärs die Proteste blutig niederzuschlagen. Da sich die Proteste vor allem gegen die Autokraten richteten, wurden diese langsam zu einer Belastung für die Regime. Der Abgang der Präsidenten schien aus Sicht der regimeinternen Kräfte nicht nur eine dynastische Nachfolge zu verhindern, sondern auch den Fortbestand des Regimes besser zu gewährleisten. Kurz, die Umstürze legten zum einen offen, dass die Herrscher zwar nach außen hin den Staat verkörperten, dass die Autorität der Präsidenten aber von der Unterstützung einiger Schlüsselstellen abhängig und damit weit fragiler als angenommen war. Zum anderen erwies sich, dass trotz langjährigem Autoritarismus eine dynastische Nachfolge für die

Schlüsselstellen wie das Militär oder die Sicherheitskräfte inakzeptabel war.

2. Autoritarismus schwächt den Staat und seine Institutionen

Die Revolutionen sind nicht der Grund für die Schwäche der Staaten und ihrer Institutionen, vielmehr legten sie die immanenten Schwächen offen. Eine hohe Personalisierung, Informalisierung sowie die Techniken der Macht, die Autokraten aus Sorge vor Konkurrenz anwandten, schwächten die Kapazitäten und Ressourcen des Staates.

Autokraten tendieren allgemein dazu, die Macht möglichst in ihren Händen zu bündeln. Autoritäre Herrscher haben deshalb meistens kein Interesse an starken staatlichen Institutionen, da dies potenzielle alternative Machtzentren schaffen und den alleinigen Machtanspruch des Herrschers untergraben könnte. Das Dilemma vor dem Autokraten grundsätzlich stehen ist, dass sie einerseits starke staatliche Institutionen benötigen, um ihre Politik umzusetzen und gesellschaftliche Unterstützung zu erlangen, bzw. um die Gesellschaft mobilisieren zu können und andererseits fürchten sie starke Institutionen, da diese ihrem Ansinnen auf die Monopolisierung und Personalisierung der Macht entgegenstehen (Migdal 1988).

Somit kann festgehalten werden, dass die Mechanismen und Techniken, die von autoritären Herrschern in den arabischen Staaten für den Erhalt ihrer persönlichen Macht eingesetzt wurden, den Staat und dessen Verankerung in der Gesellschaft schwächten. Zu diesen Techniken des Machterhalts zählten unter anderem die Entmachtung von politischen Parteien (auch der Regimepartei) sowie der Ministerien. In Ägypten sowie auch in Tunesien wurden spätestens seit Beginn der 2000er Jahre nur mehr Technokraten Kabinette ernannt und die Verantwortlichen immer wieder

ausgetauscht. Wichtige politische Entscheidungen wurden nicht in diesen formalen Institutionen, sondern viel mehr innerhalb eines kleinen Zirkels rund um den Präsidenten informell, meist an den Ministerien vorbei beschlossen und zum Teil auch umgesetzt.

Diese Strategie verschloss zwar für potenzielle politische Persönlichkeiten die Möglichkeit der Profilierung, es führte aber auch zu einer kontinuierlichen Schwächung der staatlichen Kapazitäten, Ressourcen und der Effizienz.

Selbst die für das Überleben der Regime notwendigen Sicherheitskräfte und die Armeen waren diesen Techniken des Machterhalts ausgesetzt. In Tunesien hielt Präsident Ben Ali das Militär aus Sorge, dass es gegen ihn putschen könnte, finanziell an der kurzen Leine. Um die Macht des Militärs einzuschränken vertraute er außerdem auf ein komplexes Netz aus unterschiedlichen Sicherheitskräften, bestehend aus dem *mukhabarat* (Inlandsnachrichtendienst), der Präsidentengarde und der Polizei. In Syrien schuf das Baath-Regime aus Sorge vor einem möglichen Putsch unterschiedliche militärische Einheiten, deren Zuständigkeiten sich meist überschneiden. Die einzelnen Einheiten operieren weitgehend isoliert voneinander und stehen in einem durch das Regime beabsichtigten Wettbewerb miteinander. Auch wenn dies aus Sicht der militärischen Schlagkraft äußerst ineffizient ist, dient die Aufsplitterung des Militärs in Untereinheiten dazu, die Vormacht des Präsidenten zu gewährleisten. In Ägypten wiederum versorgte Präsident Mubarak die Generäle mit wichtigen Posten in staatsnahen Unternehmen und band sie so in das Wirtschafts- und Machtsystem ein.

Neoliberale Wirtschaftsreformen führten in den meisten Ländern der Region zum Entstehen eines neopatrimonialen Systems, in dem die formalen staatlichen Institutionen bestehen, allerdings durch eine starke Ausrichtung auf die Person des Herrschers und durch einen hohen Grad der Informalisierung unterminiert sind. Die Grenzen

zwischen den Interessen und Prioritäten des Staates und den persönlichen Interessen des Herrschers verschwimmen. In neopatrimonialen Systemen spielen Patronagenetzwerke, durch die die KlientInnen des Regimes versorgt werden, eine wesentliche Rolle. Während auf den unteren Ebenen die KlientInnen mit Posten in der staatlichen Verwaltung versorgt werden, sind es auf der höheren Ebene UnternehmerInnen, die durch die Nähe zum Regime bzw. dem Herrscher und seiner Familie, von Privatisierungen, Lizenzvergaben und ähnlichem profitieren. Dadurch wurde in den meisten Staaten der Region eine politische Ökonomie geschaffen, die durch Nepotismus (Crony Capitalism) die Stabilität des Regimes gewährleistet.

3. Die demokratischen Kräfte hatten kaum eine Chance

Die Umwälzungen, die mit den Protesten im Winter 2010/11 eingeleitet wurden, waren zunächst mit großen Hoffnungen verbunden. Mit der Widerlegung des Paradigmas der Resilienz autoritärer Staaten lebte in den Debatten wieder das Demokratisierungsparadigma auf. Dieses geht davon aus, dass die Transition von einem autoritären System beinahe automatisch zu einer Demokratisierung führen muss. Dementsprechend wurden, vor allem in westlichen Debatten, die Entwicklungen in den arabischen Staaten auch mit den Revolutionen von 1989, die die kommunistischen Systeme hinweggefegt haben, oder aber auch mit den liberalen Revolutionen des März 1848, verglichen. Die Annahme, dass es sich bei den Umstürzen um den Sieg des Liberalismus handelte und sich Staaten wie Ägypten und Tunesien rasch in demokratische Systeme entwickeln würden, dominierte die ersten Monate des Jahres 2011.

Die EU und einzelne Mitgliedsstaaten begannen sich, wenn auch mit geringem finanziellen Ein-

satz, durch gezielte Programme die Demokratisierung in diesen Ländern zu unterstützen. Allerdings wurden die Hoffnungen der westlichen Partner, aber auch bei den demokratischen Kräften in der Region bald enttäuscht. Die Rahmenbedingungen unterschieden sich wesentlich von jenen der demokratischen Transitionsprozesse nach 1989. Zum einen fehlte bei den westlichen Partnern jener Enthusiasmus, der die Transitionen in Zentral- und Osteuropa begleitet hatte. Anders als damals handelte es bei den Umstürzen 2011 nicht um den Sieg des kapitalistisch-demokratischen Systems über den Kommunismus. Zum anderen waren die meisten potenziellen Geberstaaten selbst durch die Auswirkungen der Finanzkrise 2008 geschwächt.

In Ägypten und in Tunesien wurden relativ rasch nach dem Abgang der Langzeit Autokraten Wahlen abgehalten. Es waren vor allem die etablierten Kräfte, die auf frühe Wahlen drängten. Während die jungen demokratischen Reformkräfte dadurch kaum die Zeit und die Möglichkeiten hatten sich zu sammeln und zu organisieren, gingen in beiden Fällen die moderaten Islamisten als Sieger aus den Wahlen hervor.

Allerdings stießen die islamistischen Parteien an der Macht auf den massiven Widerstand des Establishments. Weder in Tunesien noch in Ägypten gelang es den islamistisch dominierten Regierungen das gegenseitige Misstrauen abzubauen und das Vertrauen von innen- und außenpolitischen Partnern zu gewinnen. Stattdessen kam es relativ schnell zu einer tiefen Polarisierung in der Gesellschaft. Den Islamisten wurde vorgeworfen, statt strukturellen Reformen und eine notwendige gesellschaftliche Aussöhnung anzustreben, vor allem Posten innerhalb des mächtigen Staatapparates neu zu besetzen.

Der Umstand, dass die Islamisten am meisten von den Umbrüchen zu profitieren schienen förderte die Entfremdung der westlichen Partner. Diese setzten verstärkt wieder auf jene säkularen Kräfte die Stabilität, aber keine Reformen versprochen.

4. Plus ça change, plus c'est la même chose

Tunesien ist das einzige Land des Arabischen Frühlings das eine friedliche Transition zur Demokratie durchlief. In allen anderen Ländern führten die Umbrüche entweder zur Wiedererrichtung autoritärer Herrschaft oder zu Bürgerkrieg.

Allerdings ist zu beobachten, dass selbst in Tunesien, das oft als Vorbild für andere gepriesen wird, die junge Demokratie fragil ist. Umfragen zeigen auf, dass das Vertrauen in die neue politische Klasse in Tunesien relativ gering und die Zustimmung für eine autoritäre Führungskraft im Steigen ist. Nur fünf Jahre nachdem 2014 mit großem politischem und gesellschaftlichem Konsens eine neue Verfassung angenommen wurde – die liberalste in der gesamten Region – leidet das Land bereits an Demokratieverdrossenheit. Bei den Präsidentschaftswahlen 2019 gingen nur mehr 45 Prozent zu den Urnen. Im Vergleich dazu waren es bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2014 noch 62 Prozent. Bei den Lokalwahlen im Jahr 2018, den ersten seit der Revolution, lag die Wahlbeteiligung bei nur mehr 33.7 Prozent (Europeanforum 2018).

Viele TunesierInnen hofften, dass mit dem Übergang zur Demokratie auch der wirtschaftliche Wohlstand steigen würde. Tunesiens Wirtschaft konnte aber nicht durch die demokratische Transition profitieren. Das Land ist weitgehend vom Handel mit der EU bzw. von finanzieller Unterstützung durch diese abhängig.

Die Besitzverhältnisse haben sich in Tunesien sowie auch in Ägypten nur unwesentlich verändert. Es kam kaum zu Verbesserungen. Teilweise verschlechterten sich die Lebensbedingungen sogar weiter aufgrund von politischer Instabilität und dem Ausbleiben ausländischer Investitionen bzw. des massiven Rückgangs im Tourismus. Während Anfangs unter vielen Menschen, insbesondere Jungen eine Aufbruchsstimmung geherrscht

hatte, hat diese über die letzten neun Jahre weitgehend Pessimismus Platz gemacht.

Insgesamt 61 Prozent der TunesierInnen und 52 Prozent der ÄgypterInnen sind der Meinung, die wirtschaftliche Situation in ihrem Land sei schlecht (V. Wave of the Arab Barometer). Nur 7 Prozent der TunesierInnen, 3 Prozent der LibanesInnen, 8 Prozent der AlgerierInnen und 37 Prozent der ÄgypterInnen sind der Meinung, dass sich ihr Land in die richtige Richtung bewegt (V. Wave of the Arab Barometer).

Nur 16 Prozent der Menschen in den arabischen Ländern vertrauten darauf, dass die Regierung Arbeitsplätze schaffen und die wachsende Schere zwischen Arm und Reich verringern könnte. In Tunesien sind gar nur 12 Prozent mit den diesbezüglichen Maßnahmen der Regierung zufrieden. Als ein Indiz dafür, dass Patronage und Klientelismus die politischen und gesellschaftlichen Verschiebungen der letzten Jahre überdauert haben ist zu werten, dass 70 Prozent der Menschen in der Region glauben, dass eine Anstellung nur durch persönliche Beziehungen (Wasta) möglich ist (Arab Human Development Report 2018).

Ein besonderes Problem stellt für die gesamte Region die hohe Jugendarbeitslosigkeit dar. Diese betrug im Jahr 2018 laut Arab Human Development Report in den arabischen Ländern insgesamt 25.4 Prozent.

In Tunesien führte der Übergang von einem höchst personalisierten autoritären Regime zu einer Mehrparteiendemokratie zwar zu einer Vervielfältigung der Akteure, es beseitigte aber aufgrund der fehlenden strukturellen Reformen nicht die institutionellen Schwächen und die regionalen und sozialen Ungleichheiten. Strukturelle Schwächen in Zentral- und Südtunesien, die Folge einer bewussten Jahrzehnte langen Benachteiligung durch das Regime Präsident Ben Alis, und

davor Präsident Bourguibas konnten nicht überwunden werden. Hier ist weiterhin die Arbeitslosigkeit besonders hoch. Investitionen fehlen. Die Korruption ist nicht verschwunden, sondern sie wurde wie viele TunesierInnen meinen „demokratisiert“, das heißt breitflächiger gestreut. Während man früher nur eine Person bestechen musste, sind es inzwischen mehrere². Bei der Vergabe von Posten im öffentlichen Dienst oder in staatsnahen Betrieben spielen weiterhin klientelistische Netzwerke eine wichtige Rolle. Aus sozio-ökonomischer Perspektive machte der Abgang von Präsident Ben Ali für die Menschen in diesen Regionen kaum einen Unterschied. Um die sozialen Ungerechtigkeiten zu beseitigen, wäre ein umfassendes Entwicklungsprogramm mit internationaler Unterstützung notwendig, dafür fehlen aber der politische Konsens in Tunesien und die Unterstützung der Staatengemeinschaft.

Anders als in Tunesien kam es in Ägypten in Folge der Militärintervention 2013 zu einer weiteren Verengung bei den relevanten Akteuren. Auch in Ägypten ist das durch das Militär gestützte Regime unter Präsident al-Sisi nicht fähig, umfassende strukturelle Maßnahmen einzuleiten. Vielmehr bestehen auch hier die oben beschriebenen strukturellen Schwächen wie Patronage, Korruption und Informalität weiter. Allerdings kam es nicht zu einer Vervielfältigung der Akteure, sondern das al-Sisi Regime schöpft beinahe ausschließlich aus den Personalressourcen des Militärs.

Die anhaltenden strukturellen und wirtschaftlichen Probleme stellen einen Nährboden für neue soziale Proteste, Extremismus und politische Instabilität dar.

² Interviews des Autors im Zuge der Feldforschung in Tunesien im Oktober 2017

5. Eine neue Welle des Arabischen Frühlings?

Seit dem Sommer 2019 wird die MENA Region erneut von Protesten erfasst. Im Sudan führten sie zum Abgang von Präsident al-Bashir, im Libanon und Irak zum Rücktritt der jeweiligen Regierungschefs. In Algerien verzichtete Präsident Bouteflika auf eine neuerliche Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2019. Inzwischen kam es auch in Tunesien, und trotz starker Repressionen sogar in Ägypten, erneut zu Protesten.

Wie vor neun Jahren richten sich die Proteste gegen die wirtschaftliche Misere, die hohen Lebensmittelpreise, die Korruption und die Untätigkeit der PolitikerInnen. Was sich allerdings verändert hat, sind die Illusionen und Hoffnungen der Menschen, die Akteure und die Rahmenbedingungen. Die jüngsten Proteste haben eine weit stärkere sozio-ökonomische Dimension. Die DemonstrantInnen fordern nicht nur einen Wechsel bei den Verantwortlichen, sondern auch eine umfassende Veränderung im System. Die Proteste im Libanon und Irak richteten sich explizit gegen das System des konfessionellen Klientelismus und die damit verbundene Korruption.

Georges Fahmi (2019) hält fest, dass die neuen Protestbewegungen aus den Erfahrungen der Revolutionen von 2011 gelernt haben. Im Sudan, Libanon und Irak harren die DemonstrantInnen auch nach dem Abgang der politisch Verantwortlichen aus, sie beobachten die Ausverhandlung einer neuen Ordnung und fordern, anders als 2011, nicht mehr die rasche Durchführung von Wahlen. Sie haben, laut Fahmi (2019) erkannt, dass rasche Wahlen zu einer Spaltung der Opposition führen, die Polarisierung der Gesellschaft begünstigen und vor allem etablierten Kräften zugutekommen.

Im Vergleich zu 2011, sind es zum einen neue Kräfte, die sich nun an den Protesten beteiligen.

Auch hier gibt es wesentliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, während es in Algerien und im Sudan vor allem VertreterInnen der jungen gebildeten städtischen Schicht sind, finden die Proteste in Tunesien vor allem in den vernachlässigten Gebieten, am Rande des tunesischen Staates statt. Im Libanon konnte sich zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine überkonfessionelle Bewegung bilden, die das gesamte politische Establishment und dessen Starre anprangert. Ähnlich dazu konnte sich im Irak von den schiitischen Regionen aus eine immer stärker überkonfessionell geprägte Protestbewegung herausbilden, die das nicht-funktionierende des konsozialen Systems anprangert und zum Teil stark anti-iranisch geprägt ist.

Zum anderen kam es im Vergleich zu 2011, zu einer weitgehenden De-Legitimierung der moderat islamistischen Kräfte. Sie stehen kaum mehr für eine glaubwürdige Alternative. Auch wenn bei den Parlamentswahlen 2019 in Tunesien die islamistische Ennahda als stärkste Partei hervorgehen konnte, musste sie herbe Verluste hinnehmen. Das ungeschickte und parteiische Agieren von Präsident Mursi in Ägypten sowie die gezielte Propaganda des al-Sisi-Regimes gegen die Muslimbruderschaft, haben diese für längere Zeit von der politischen Bühne verbannt. Inzwischen wurde die Muslimbruderschaft durch das al-Sisi Regime als Terrororganisation eingestuft.

Gleichzeitig wurden die moderaten Islamisten durch den Aufstieg radikaler (Salafisten) bzw. extremistischer Gruppierungen (Jihadisten) herausgefordert. Während die moderat islamistischen Parteien versucht waren, sich soweit wie möglich an das System anzupassen, konnten radikale und extremistische salafistische Bewegungen junge Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen und sozialen Schichten, die sich eine umfassende Veränderung wünschten, besser ansprechen (Marks 2013).

Somit haben sich die Rahmenbedingungen im Vergleich zu 2011 weitgehend verändert. Hinzu

kommt noch, dass sich auch die internationalen und regionalen Machtverhältnisse verschoben haben. Nicht zuletzt die Bürgerkriege in Syrien und in Libyen haben aufgezeigt, wie stark neue regionale und internationale staatliche und nicht-staatliche Akteure in die Geschehnisse eingreifen.

Conclusio

Die Umbrüche des Arabischen Frühlings im Winter 2010/11 legten die Fehlrisse und Versäumnisse jahrzehntelanger autoritärer Herrschaft offen. Die Staaten der Region leiden unter der Schwäche der staatlichen Institutionen, Ressourcen und Kapazitäten. Diese wurden aus Gründen des persönlichen Machterhalts von den herrschenden Autokraten bewusst unterminiert und geschwächt. Der Abgang der autoritären Herrscher ging in keinem der Fälle mit strukturellen Veränderungen einher. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich nicht verringert.

Auch in Tunesien, dem einzigen Land des Arabischen Frühlings, das eine Transition zur Demokra-

tie durchlief, kam es zu keinen umfassenden wirtschaftlichen und sozialen Reformen. Insbesondere in Zentral- und Südtunesien, von wo der Arabische Frühling seinen Ausgang nahm, ist die wirtschaftliche Situation schlecht. Hinzu kommt ein großes Maß an Frustration und Enttäuschung hinsichtlich der hohen Erwartungen von der Demokratisierung. Die wachsende Unzufriedenheit der Menschen bietet einen Nährboden für neue Proteste.

Im Unterschied zum Winter 2010/11 haben die jüngsten Proteste, die die Region erfassen, eine stärkere sozio-ökonomische Dimension. Die DemonstrantInnen von heute scheinen von den Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben. Sie fordern nicht mehr nur den Übergang zur Demokratie, sondern ein Ende der Korruption und der sozialen Ungleichheit. Die neue Welle an Protesten deutet darauf hin, dass der Arabische Frühling in eine zweite Phase geht. Der Ausgang scheint, da sich auch die internationalen Rahmenbedingungen verändert haben und die Demokratie weltweit im Rückgang ist, weit unklarer als es noch vor neun Jahren schien.

Quellen:

Al Jazeera 03-12-2019, Eleven arrests as protesters clash with police in central Tunisia, online: <https://www.aljazeera.com/news/2019/12/eleven-arrests-protesters-clash-police-central-tunisia-191203154635735.html> (Zugriff 06.12.2019).

Arab Human Development Report 2018, online: <http://www.arab-hdr.org/> (Zugriff 09.12.2019).

Bank, André (2009), Die Renaissance des Autoritarismus. Erkenntnisse und Grenzen neuerer Beiträge der Comparative Politics und Nahostforschung, *Hamburg Review of Social Sciences*, 4:1, 10-41.

Europeanforum 15-05-2018, Low voter turnout in Tunisia's first municipal election, online: <https://www.europeanforum.net/headlines/low-voter-turnout-in-tunisia-first-municipal-election> (Zugriff 09.12.2019).

Fahmi, Georges (2019), Five Lessons From the New Arab Uprisings, online: <https://www.chatham-house.org/expert/comment/five-lessons-new-arab-uprisings> (Zugriff 01.12.2019).

Günay, Cengiz & Somavilla, Fabian (2019), Tunisia's democratization at risk, *Mediterranean Politics*, DOI: 10.1080/13629395.2019.1631980

Günay, Cengiz (2019), The New-Old Elites and their Relations with the EU: The Cases of Egypt and Tunisia, *EuroMesco Papers*, April 2019, online: <https://www.euromesco.net/publication/the-new-old-elites-and-their-relations-with-the-eu-the-cases-of-egypt-and-tunisia/> (Zugriff 30.10.2019).

Heydemann, Steven (2007), Upgrading authoritarianism in the Arab world, *The Brookings Institution, Analysis Paper*, online: <http://www.brookings.edu/media/Files/rc/papers/2007/10arabworld/10arabworld.pdf> (Zugriff: 10.10.2018).

Marks, Monica (2013), Youth Politics and Tunisian Salafism: Understanding the Jihadi Current, *Mediterranean Politics*, 18:1, 104-111.

Migdal, Joel S. (1988), *Strong Societies and Weak States. State Society Relations and State Capabilities in the Third World*, New Jersey: Princeton University Press.

Muasher, Marwan (2019), Is this the Arab Spring 2.0? Carnegie Endowment for International Peace, online: <https://carnegieendowment.org/2019/10/30/is-this-arab-spring-2.0-pub-80220> (Zugriff 5.11.2019).

Pace, Michelle & Cavatorta, Francesco (2012). The Arab Uprisings in Theoretical Perspective – An Introduction, *Mediterranean Politics*, 17:2, 125-138, DOI:10.1080/13629395.2012.694040.

Schlumberger, Oliver (2010), Opening Old Bottles in Search of New Wine: On Nondemocratic Legitimacy in the Middle East, *Middle East Critique*, 19:3, 233-250, DOI: 10.1080/19436149.2010.514473

V. Wave of Arab Barometer 2018-2019, online: <https://www.arabbarometer.org/waves/arab-barometer-wave-v/> (Zugriff 11.12.2019).